

LESERMEINUNGEN/FORUMSBEITRÄGE

Neue Regierungsrätin Geht Liechtenstein unter?

Ich respektiere Urs Kindles regelmässige Warnungen vor der Verdrängung des Christentums und seine subjektive Überzeugung, der kommunistische Antichrist komme in der Maske der Globalisierung daher. In glasklarer Konsequenz erwartet er entscheidend auch die «definitive Abschaffung Liechtensteins», sollte eine enge Mitarbeiterin des WEF-Gründers («eingefleischter Globalist») tatsächlich in unsere Regierung berufen werden. Wenn Urs Kindle überzeugt ist, dass der «Globalismus ein gefährlicher Wolf im Schafspelz» ist, übersieht er womöglich, dass das erfolgreichste und älteste globalisierte Unternehmen das Christentum ist. Sie gingen hinaus in alle Welt, nach Jerusalem, Afrika, Südamerika oder Asien und waren in den Methoden für die globale Ausbreitung ihrer Lehre nicht immer zimperlich. Dennoch sei es Urs Kindle zugestanden, sich für seinen wahren Katholizismus weiterhin einzusetzen und sich dem Christentum, dem Globalismus-Prototyp, wie ich, dennoch eng verbunden zu fühlen. Manchmal tut mir Urs Kindle in seiner Angst und Ohnmacht ein wenig leid, andererseits freue ich mich, dass eine offensichtlich gescheite junge Frau mit welt-offenen Erfahrungen in unsere Regierung berufen werden soll. Das wird eine Bereicherung sein.

Georg Kieber, Binzstrasse 6, Mauren

Landgasthof Mühle Sinnhaftigkeit sollte bei Investitionen stets im Vordergrund sein

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Eine Gemeinde (via Gemeinderat) kauft ein Restaurant und lädt anschliessend die Bürger zu einer Besichtigung mit Brainstorming über dessen Nutzung ein, weil man selbst nicht weiss, was damit anzufangen und warum man es gekauft hat. Das Resultat: Obwohl es anscheinend an möglichen Alternativen nicht fehlt, muss als zielführendste Option ein Abriss des Gebäudes in Betracht gezogen werden. Meine volkswirtschaftliche Erinnerung daher an alle Volksvertreter: Auch wenn Geld keine grosse Rolle spielt, wirtschaftliche Sinnhaftigkeit sollte bei Investitionen stets im Vordergrund stehen. Dieser Grundsatz gilt schon seit Menschengedenken in der Privatwirtschaft und sollte auch in der Politik (sowohl kommunal als auch auf Landesebene: Beispiel Landesspital) angewendet werden.

Ivo Kaufmann, Fingastrasse 2a, Triesen

«Kann nicht gewinnbringend betrieben werden»

Da ich der Diskussion «Landgasthof Mühle - abbrechen, sanieren oder verändern» beigewohnt habe,

möchte ich nur meine Meinung dazu äussern. So wie der Gastbetrieb dasteht, ein Restaurant mit Stammtisch, ein kleines Sitzungszimmer sowie ein kleiner Saal, kann der Betrieb nicht mehr gewinnbringend betrieben werden. Die Vaduzer haben schon einmal abgestimmt über ein Hotel, abbrechen oder sanieren: Gaflei. Die Mehrheit war für einen Abbruch. Heute, Jahre später, steht eine wunderbare Klinik oben, es hätte nicht besser kommen können. Vielleicht ergibt sich auch auf dem Mühle-Areal eines Tages eine Idee, bei der man sagt: Wow, das hat in Vaduz gerade noch gefehlt. Denn wie man so schön sagt: Zeit und Umstände bestimmen das Leben.

Martha Bühler, Pradafant 17, Vaduz

«Halbe Halbe» Wer zwängelt denn da?

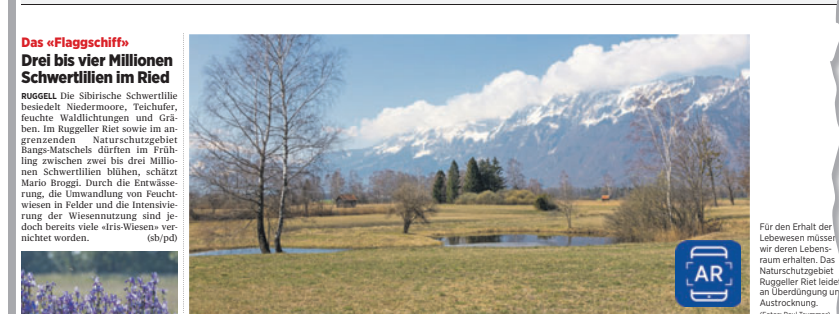
Michael Winkler zitiert aus einer Stellungnahme von Roland Marxer und echauffiert sich darüber, dass die Initiative «Halbe Halbe» Zwängerei sei. Warum verstehen Sie das als Zwängerei? Der einzige, der zwängelt, sind Sie. Ja, und Sie haben Recht, bei den Gemeinderatswahlen 2019 haben Frauen massiv aufgeholt. Aber Sie nehmen nicht im Ernst an, dass diese Schwalbe schon einen Sommer macht? Und was die Ursache dieses plötzlich so guten Zuwachses an Frauen war, darüber wollen Sie nun bestimmt vertieft diskutieren. Roland Marxer verwies zurecht darauf, dass man in diese Initiative nichts hineininterpretieren müsse - für Sie war das wohl eine Einladung, ebengenau das zu tun. Herr Winkler, wenn es Ihnen mit Ihren Bekenntnissen zu mehr Frauen in der Politik ernst ist, dann wäre es adäquater, die Initiative wertzuschätzen. Das würde ihre eigene Glaubwürdigkeit massiv erhöhen.

Karin Jenny, Untere Ruettigasse 5, Vaduz

«Zusätzlicher Auftrag nötig»

Zum «Standpunkt» von VU-Parteisekretär Michael Winkler, «Liechtensteiner Vaterland» vom 20. September 2019: Das Initiativkomitee «Halbe Halbe» möchte zu den im Standpunkt vorgebrachten Argumenten nur bezüglich der Frage der vorgeschlagenen neuen Verfassungsbestimmung Stellung nehmen: Was in der Verfassung steht bzw. was in die Verfassung aufgenommen werden soll, ist niemals «unverbindlich», wie im «Standpunkt» unterstellt wird. Die Verfassung ist das oberste Gesetz, das die Politik zum Handeln auffordert. An die Verfassungsbestimmungen haben sich alle zu halten. Bei der Verfassung handelt es sich um den «groszen Rahmen», innerhalb dessen sich staatliches Handeln entwickeln kann und muss. Bei Weitem nicht alle bisherigen Verfassungsbestimmungen sind so konkret, dass sie nicht der ausführenden Gesetzgebung bedürft hätten bzw. bedürfen. Mit dem Argument, die Gleichberechtigung sei bereits in der Verfassung verankert, ist zwar ein Grund-

Schwerpunkt Liechtensteins Naturschutzgebiet in Not



«Die Interessenlosigkeit der Politik für Biodiversität ist katastrophal»

Interview Mario Broggi, Naturschützer und langjähriger Dozent an den Universitäten Basel und Wien, setzt sich seit 50 Jahren für das Ruggeller Riet ein. Dem «Volksblatt» erzählt er von seinen Bemühungen und warum er bei Landwirten nicht beliebt ist. In den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten hat die Forschung gezeigt, dass Intaktes Moore die besten CO2-Speicher sind. Auf der Welt gibt es nur drei Prozent Moore, sie haben aber mehr CO2, nämlich als die 23 Prozent weltweite Wälder. Umgekehrt entlässt ein Moor bei Ausströckung gewaltige Mengen. Stimmt es, dass im Ruggeller Riet ein ein Flughafen geplant war? Das stimmt. Zum einen gab es Überlegungen für einen Flughafen, zum anderen wollte man den Rasensport mit seinen Sendemasten im Riet platzieren. Scheinbar nutzloses Land regt immer zu Fantasien an. In Ruggeller Riet wurde aber auch Müll abgebaut? Wo nicht? Durch den Torfabbau entstanden grosse Löcher, in denen damals alles Mögliche entsorgt hat. Das Riet wurde also nicht als Schuttenebene empfunden? Nein überlagerte nicht. Gegenüber den Ruggeller Frauen, die einen Vorarbeiten gebietet haben, hat man einen Torfboden mitgegeben - weil der nicht so viel wert war. Das ist mit ein Grund, warum es heute noch relativ Vorarbeiten besitzt im Ruggeller Riet gibt. Am 11. Mai 1970 wurde dann die Botanisch-Zoologische Gesellschaft Liechtenstein-Sarganserfernd Werdenberg (BZGW) gegründet. Die Bemühungen des Vereines hatten die Unterzeichnung des Rietes zum Ziel. Welche Hürden gab es zu überwinden? Die sieben, acht Jahre bis zur Unterzeichnung waren sehr spannungsgeladene. Wir wurden ausgesagt und gab es Feindschaften der Landwirte. «Was soll man mit einem Feuchtwaldgebiet», hat es immer wieder geheissen. Es wurden wüste Leertafeln geschrieben und ein neues Informationsvermittlungssystem eingeführt. Ich hab, dass ich in Gams, Ordensmario Broggi unterbreitete bereits vor 50 Jahren Vorschläge für den Schutz des Ruggeller Riet. Sie waren überaus wertvoll. Ich und gibt CO2.

Das «Volksblatt» berichtete in diesem Jahr schon mehrfach über das Ruggeller Riet bzw. dessen Zustand - dieser Schwerpunkt ist am 13. April erschienen.

recht für Frauen und Männer definiert. Wie die bisherige Erfahrung in Liechtenstein zeigt, braucht es aber aus der Sicht des Initiativkomitees - als neues Element der Konkretisierung - einen zusätzlichen Verfassungsauftrag an die Politik, diese Gleichberechtigung gerade auf der Ebene der Betätigung in politischen Gremien zu verankern. Es ist auch der Behauptung zu widersprechen, dass die Gleichbehandlung in der Politik nicht von Verfassungsbestimmungen, sondern von handelnden Personen abhängt. Auch diese handelnden Personen haben sich an Bestimmungen der Verfassung zu halten, und genau diese handelnden Personen werden über den vorgeschlagenen Verfassungszusatz angesprochen. Es entspricht im Übrigen einem Grundrecht bei uns, dass Initiativen ergriffen werden können. Dies als «Zwängerei» abzutun, widerspricht unserem Demokratie- und Verfassungsverständnis.

Initiativkomitee «Halbe Halbe»

Nachtigall, ick hör' dir trapsen!

Das sagten schon die Römer zu Cäsars Zeiten, wenn sie ahnten, wohin eine Sache wohl führen könnte. Geht es Ihnen auch manchmal wie den Römern zu Cäsars Zeiten? Ich, auf jeden Fall, kann es beim besten Willen nicht abstreiten. Zum Bei-

spiel erst am Donnerstag wieder, als ich den Leserbrief las, «Halbe Halbe, aber keine Quote». Denn, selbst wenn es bei dieser Initiative letztendlich nicht um die Durchsetzung der Frauenquote direkt geht, so wird es wohl doch zumindest um die Schaffung von Voraussetzungen gehen, die eine Durchsetzung der Frauenquote zu einem späteren Zeitpunkt begünstigen sollen. Es geht darum, das Feld zu bestellen. Es geht um die Erreichung eines Etappenziels auf dem Weg zur Frauenquote. Weshalb ich sage, was ich sage? Dazu gäbe es Verschiedenes zu erwähnen. Belassen wir es für den Moment aber erst einmal bei der simplen Tatsache, dass es bei den Damen und Herren, die uns diese Mogelpackung verkaufen wollen, «personelle Überschneidungen» gibt. Und auch die Mitglieder des Initiativkomitees, für die das nicht zutreffend sollte, sind vermutlich keine erklärten Kritiker, geschweige denn Gegner der Frauenquote. Sie dürfen ausnahmslos zum Kreis der Befürworter dieses ideologischen Unrechtsprojekts gerechnet werden. Und dennoch will man uns nun allen Ernstes erzählen, dass bei den Damen und Herren, die - wie für jedermann unschwer ersichtlich - in Sachen Frauenquote klar positioniert sind, ein (fundamentaler?) Sinneswandel stattgefunden hat? Lassen Sie sich nicht für dumm verkaufen! Auf dem Spiel steht nicht weniger als eine der tragenden Säulen des freiheitlich verfassten Rechtsstaats: Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Das verträgt sich nicht mit Geschlechterquoten. Und lassen Sie sich nicht einschütern und mundtot machen! Von Roland Marxer z. B., der offensichtlich der Ansicht war, in seinem Leserbrief u. a. schon einmal präventiv festlegen zu müssen, welche Art von Kritik zu dieser Initiative zulässig sein soll und welche nicht.

len des freiheitlich verfassten Rechtsstaats: Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Das verträgt sich nicht mit Geschlechterquoten. Und lassen Sie sich nicht einschütern und mundtot machen! Von Roland Marxer z. B., der offensichtlich der Ansicht war, in seinem Leserbrief u. a. schon einmal präventiv festlegen zu müssen, welche Art von Kritik zu dieser Initiative zulässig sein soll und welche nicht.

Hans Mechnig, Tröxlegass 46, Schaan Ruggeller Riet Taten statt Worte!

Unser Naturschutzgebiet Ruggeller Riet ist von internationaler Bedeutung und ein «Juwel» der Artenvielfalt. Hier kommen Pflanzen- und Tierarten vor, die es in der Umgebung nicht mehr gibt. Das Ruggeller Riet ist jedoch stark bedroht. Die Gründe dafür sind vielfältig und liegen insbesondere in der zunehmenden Ausströckung, der Zerstörung der Torfkörper durch Nährstoffeintrag und der Ausbreitung von Neophyten wie der Goldrute. Zusätzlich machen sich generell die Auswirkungen der Klimaerwärmung negativ bemerkbar. Das Ruggeller Riet kann noch gerettet werden. Das verlangt aber umgehendes und beherrztes Handeln. Es darf keine Zeit mehr verloren gehen. Massnahmen müssen jetzt ergriffen werden, um das Ruggeller Riet für unsere Enkelinnen und Enkel zu erhalten. Die Fraktion der Freien Liste wird daher anlässlich der Behandlung der Interpellationsbeantwortung zum Naturschutzgebiet Ruggeller Riet im Oktober-Landtag von der Regierung ein politisches Commitment einfordern, das mit konkreten, zeitnahen Massnahmen zum Erhalt, Schutz und zur Verbesserung dieses einzigartigen Torfmoors verbunden ist. Ein verbindlicher Aktionsplan muss her. Es muss jetzt konkret und schnell gehandelt werden, dafür setzen wir uns ein. Liegt Ihnen das Ruggeller Riet auch am Herzen? Schreiben Sie uns unter info@freieliste.li

Landtagsfraktion der Freien Liste

In eigener Sache Hinweis zu Leserbriefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li

www.volksblatt.li

Advertisement for 'Mein Liechtenstein' featuring the headline 'Strassen... fahrn?' and '2039'. It promotes participation in planning for the year 2039, with dates '23. und 24. November 2019' and website 'www.300.li/2039'. The logo of the Liechtenstein government is also present.